

Fürst Bismarck und die Stenererlaß-Debatte; die Parteien und der Antrag Windthorst.

Unser Berliner =Correspondent schreibt unterm 25. d.:
Auch heute wurde Fürst Bismarck im Abgeordnetenhaus erwartet, wenn er nicht erschien, so lag die Schuld daran, daß die Steuerdebatte über den bekannten Antrag Richter-Münninger heute noch gar nicht stattfinden konnte. Wir hören aber mit Bestimmtheit, daß der Fürst an der Debatte über die Vertheilung der Steuern Theil nehmen und bei dieser Gelegenheit sich in längerer Rede über die beabsichtigte Steuerreform äußern wird.

Die Conservativen haben doch ein gutes Theil ihrer Vorsätze bez. des Antrages Windthorst geopfert. Sie werden es sich verlagern, denselben zu unterstützen, dagegen wenigstens eine motivirte Tagesordnung beantragen. Sie geben dabei von der Erwägung aus, daß die Wünsche nach endlicher Befestigung des Culturkampfes durchaus berechtigt sind und ein Bedürfnis weiterer Fürsorge gegen die Nothstände der katholischen Kirche Maßregeln zu treffen sich nicht abweisen lassen. Dagegen sehen die Conservativen in dem Antrage Windthorst nicht den geeigneten Weg, um diesen Beschwerden abzuwehren. Die Conservativen beantragen daher Ablehnung des Antrages Windthorst.

In der Fortschrittspartei wird die überwiegende Majorität gegen den Antrag Windthorst stimmen; einzelne Mitglieder, wie die Abg. Träger, Zelle, dürfen, wie es heißt, für den Antrag stimmen, einzelne sich der Abstimmung enthalten. Das Schicksal des Antrages ist jedenfalls entschieden.

Die Nachwahl im Landtagswahlkreise Memel-Heydenburg.

Berlin, 25. Januar.

Die Fortschrittspartei hat heute den Landtagsitz in Memel-Heydenburg bei der Nachwahl für den verstorbenen Abg. Beerbohm siegreich verteidigt. Letzterer hatte 1879 nur mit einer Stimme Mehrheit über seinen conservativen Gegner gestanden; heute erhielt der Candidat der Fortschrittspartei, wenn auch bei erheblich geringerer Theilnahme 41 Wahlmänner-Stimmen mehr als der Conservative. Vielleicht ist dies ein Anzeichen, daß auch im äußersten Osten die conservativ-agrarische Strömung der Landeute zu weichen beginnt. Der Gewählte, Kaufmann und Gutsbesitzer Heinrich Ander aus Ruff, hat dem Abgeordnetenhaus bereits 1858 bis 1861 angehört und ist einer der zwölf Abgeordneten (darunter Hoyer und Forderbeck) die am 8. Febr. 1861 der Fraction Vinde den Abschiedsbrief sandten und mit Waldeck und Tadel u. s. w. die sog. Fraction Junglithauen bildeten, aus der am Schluß der Session die deutsche Fortschrittspartei hervorging. Da die Fraction Junglithauen anfänglich nach dem ersten Namen der alphabetisch geordneten 19 Mitglieder den offiziellen Namen Fraction Ander und Genossen führte, so gilt es unter den Parlamentariern der Fortschrittspartei für ein gutes Omen für die nächsten Wahlen, daß gerade Ander, nachdem er fast 20 Jahre lang nicht im Abgeordnetenhaus saß, nunmehr als Abgeordneter am 8. Februar den zwanzigsten Jahrestag der Begründung Junglithauens mitfeiern kann. — Beispiele, wie die conservativ-liberalen Mittelparteien in vielen Gegenden Deutschlands durch die Wahlerfolge der Fortschrittspartei sich bestimmen lassen, zu versuchen, ob sie nicht durch Aufstellung eines entschiedeneren Nationalliberalen bei den nächsten Reichstagswahlen die verhasste Fortschrittspartei noch einmal aus dem Felde schlagen können, liegen jetzt mehrfach vor. So hat derselbe Reichsverein in Weimar, dem der verstorbene conservativ Abgeordnete Schwendler 1878 kaum conservativ genug war, jetzt, wo die Fortschrittspartei sich über den Kreis organisiert hat und den Appellations-Gerichtsrath Ansfeld wählen wird, für die Erstwahl den national-liberalen Landtags-Präsidenten Fries aufgestellt. — damit der Kreis nicht wie Altenburg der Fortschrittspartei zufalle.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

45. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 25. Januar.

11 Uhr. Am Ministertische: v. Buttlamer, Bitter und Commisarien.
Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt. Bereits gestern war bei Tit. 23 die Frage, ob von dem Hauptfonds für Schulaufsichtskosten auch der Fonds für Remuneration geistlicher Schulspectoren im Nebenamt verstreut werden sollte, im Princip entschieden worden. Heute stehen die übrigen auf diesen Punkt bezüglichen Titel zur Debatte.

Abg. v. Stabrowski (Krotoschin) beklagt sich über die Anstellung nicht katholischer, nicht polnischer redender Kreisinspectoren in der Provinz Posen und den übrigen polnischen Landestheilen. Es fehle ihnen an Eifer und Verständnis für den Geist der katholischen Religion, den Einfluß der Kirche auf die Schule überhaupt lahm zu legen, betrachteten sie auch unter dem jehigen Cultusminister als ihre Hauptaufgabe.

Abg. Stroßner wendet sich gegen Platen, der gestern die Geistlichen als ungeeignet zur Schulspectoren bezeichnet habe und doch persönlich diese Tauglichkeit bewies. Zum Schulspector gehöre nicht mehr Fähigkeit als zur Leitung einer Schule oder eines Seminars, Platen sei aber Geistlicher und Rector einer Schule gewesen und jetzt ein brauchbarer Seminarrektor. Warum sollten andere Geistliche nicht dasselbe erreichen können. Doch sei die Remuneration für die geistlichen Schulspectoren viel zu gering bemessen und eine Erhöhung derselben geboten.

Abg. Kolberg: Das dankenswerthe Bestreben des Ministers, die kath. Schulen unter die Inspection von katholischen, die evangelischen unter die von evangelischen Inspectoren zu stellen, sei in Ostpreußen noch nicht überall zur Geltung gekommen, in Allenstein sei z. B. eine Simultanschule, die unter der Inspection eines evangelischen Geistlichen stehe, an der aber der katholische Religionsunterricht durch Capläne nicht gestattet werde, weil dies angeblich den simultanen Charakter der Schule beeinträchtige.

Abg. Weber (Erfurt): Wenn man die beiden Titel für die commissarischen und für die geistlichen Schulspectoren zusammen werfe, so gehe jede Controle verloren, ob die Mittel zu dem einen oder dem anderen Zwecke verwendet seien. Wie die Herren von der Rechten, denen jetzt die geistlichen Schulspectoren so sehr am Herzen liegen, von dem Minister eine Bevorzugung derselben erwarten, so könne ein späterer Minister die gesammelten Mittel für die Remuneration commissarischer Schulspectoren verwenden und alle geistlichen beseitigen.

Der Antrag der Budgetcommission, die beiden Titel zur Remuneration der commissarischen und der geistlichen Schulspectoren zu vereinigen, wird genehmigt.

Den Tit. 29 (Aushaltungszuschüsse für Elementarschullehrer 631,000 M.) hatten die Abgeordneten Platen und Richter so zu erhöhen beantragt, daß jeder Lehrer eine Pension von mindestens 600 M. erhalten könne, in welchem Sinne auch mehrere Petitionen eingegangen sind. Die Unterrichtscommission beantragt, den Titel 29 unter Ablehnung des Antrages Platen-Richter unanverändert zu bewilligen und die Staatsregierung aufzufordern: a. im nächsten Etat den Ansat im Titel 29 nach Maßgabe des er-

mittelten Bedürfnisses zu erhöhen, b. in der nächsten Session einen Gesetzentwurf in Gemäßheit des Beschlusses des Hauses vom 15. Februar 1879, nach welchem an die Staatsregierung die Aufforderung gerichtet worden, „dem Landtage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf, betreffend das Pensionswesen der Volksschullehrer, vorzulegen, nach welchem den Lehrern ein bestimmter, nach dem Dienstverdienst und dem Dienstalter zu bemessender Pensionsanspruch zuerkannt wird“, vorzulegen; c. die Petitionen, betreffend die Lehrerwitwenpensionen, durch die zu dem bez. Gesetzentwurf gefassten Beschlüsse als erledigt zu erachten, so weit sie sich auf ein Lehreremittengesetz richten, der Staatsregierung als Material für dieses Gesetz zu überweisen.

Referent Stroßner hebt hervor, daß das von dem Antrage Platen-Richter geforderte Minimum von 600 M. in den verschiedenen Landestheilen eine sehr ungleiche Bedeutung habe, da man z. B. in Ostpreußen mit demselben zur Noth noch auskommen könnte, dies dagegen in der Rheinprovinz nicht möglich wäre.

Abg. Schmidt (Sagan) erkennt die wohlwollende Absicht des Antrages an, hält ihn aber nicht für annehmbar wegen seiner Unklarheit und der Unübersichtlichkeit der Verhältnisse. Es fehlt an der klaren Angabe der Grundbedingungen für eine spezielle Festsetzung der Pensionen, sowie an einer genauen Scala, die dem jeweiligen Dienstverdienst entspricht. Der Antrag greift einer definitiven gesetzlichen Regelung der Pensionsverhältnisse vor. Diese Verhältnisse sind nun allerdings so drückender Natur, daß eine Erhöhung des Fonds zur Aufbesserung ratsam ist. Und wenn die Regierung mit den gegenwärtigen Mitteln auskommen zu können erklärt, so ist das bedenklich, einmal, weil die Emeriten im letzten Jahre beträchtlich zugenommen haben. Andererseits kann die Regierung nur durch Erhöhung der Gemeindeabgaben mit den ihr gegenwärtig zu Gebote stehenden Mitteln auskommen. Der Redner empfiehlt daher, bis zu einer definitiven gesetzlichen Regelung der Pensionsverhältnisse die Commissionsbeschlüsse anzunehmen.

Cultusminister v. Buttlamer erklärt sich unter Adoption der Gründe des Vorredners gegen den Platen'schen Antrag. Bezüglich der von der Commission gegebenen Anregung wegen Erhöhung des Pensionszuschusses muß die Regierung noch immer an der Hoffnung festhalten, mit der Summe von 631,000 Mark das Ziel zu erreichen. Da sie dessen jedoch nicht ganz sicher ist, so kann der Minister sich nicht gegen die Annahme dieses Theils des Commissionsantrages erklären. Dagegen ist der jetzige Zustand des Pensionswesens der Volksschullehrer allerdings durchaus unhaltbar. Der Volksschullehrerstand hat bei seiner großen Wichtigkeit in dem Organismus unseres Staats- und Gemeinlebens einen Anspruch darauf, daß sein Pensionswesen auf eine gesicherte Basis gestellt werde. Die Staatsregierung ist deshalb bereit, den Vorarbeiten für eine gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit näher zu treten, bittet aber, die Schwierigkeiten dieses Unternehmens nicht zu verkennen.

Abg. Petri findet es ganz in der Ordnung, so lange man auf das Unterrichtsgebot warten muß, materiell vorzugeben und mit dem Pensionswesen den Anfang zu machen, wobei jedoch alles gesetzlich zu regeln und das ministerielle Belieben auszuschließen ist. Sehr dringlich ist es namentlich, dem nassauischen Lehrerstand durch endliche Befestigung des § 8 des vorigen Pensionsgesetzes vom Jahre 1862 zu helfen, das absolut unzureichende Pensionen gewährt. Es kommt nicht selten vor, daß fränke Lehrer, die aus ihrer Stellung scheiden müßten, es vorziehen, darin zu verbleiben, nur um ihre Familien nicht dem Elend preiszugeben, dem sie nach dem Pensionsgesetz verfallen würden.

Abg. Andrae ist erfreut, daß der Minister die Unhaltbarkeit der Lehrerpensionsverhältnisse anerkannt hat und an die gesetzliche Regelung dieser Materie herangehen will. Aber aus dem Umstande, daß sich ihr große Schwierigkeiten entgegenstellen und sie nicht alsbald herbeigeführt werden kann, folgt nur die Pflicht, wenigstens gegen die thatsächlichen Nothstände baldigst Abhilfe zu schaffen. Die Lage unserer Veteranen aus dem Volksschullehrerstande ist eine viel trostlosere, als gewöhnlich anerkannt wird. Dem Redner allein sind hierüber 200 Briefe von emeritirten Lehrern zugegangen, man darf daher keine Zeit verlieren und muß sofort thun, was möglich ist, nämlich den Fonds erhöhen, wofür sich ja auch der Herr Cultusminister erklärt hat. Um so mehr muß es befremden, daß er sich gegen den Antrag Platen erklärt hat, der doch nichts anderes will, als was der Minister im vorigen Jahre in Aussicht gestellt hat. Wenn aber im Cultusministerium die Ueberzeugung zur Geltung kommt, daß die jetzigen Fonds nicht ausreichen, die gesetzliche Regelung aber so schnell nicht herbeigeführt werden könne, so müßte doch der Herr Minister bei seinem Wohlwollen gegen die Lehrer seinen ganzen Einfluß einsetzen, um diesem Nothstande abzuwehren und schon vom 1. April d. J. ab die Erhöhung auf 600 M. eintreten zu lassen. Der Redner empfiehlt, den Antrag Platen anzunehmen.

Referent Stroßner spricht sich noch einmal für den Commissionsantrag aus, worauf das Haus den Titel und den Antrag genehmigt.

Aus dem Extraordinarium des Cultussetats war der Titel 120,000 Mark zum Bau des Gymnasialgebäudes und der Directorwohnung in Göttingen (erste Rate) auf den Antrag der Budgetcommission noch zurückgestellt worden, weil die Kostenanschläge noch nicht vorlagen. Die Budgetcommission beantragt nunmehr die Genehmigung.

Abg. Reichensperger (Köln) wird sehr versagen, schon um ein Exempel zu statuieren. Mit diesen Dienstwohnungen macht der Staat durchweg ein schlechtes Geschäft. Die Gebäude, welche mit solchen versehen sind, erhalten dadurch einen doppelten und complicirten Charakter und verursachen bedeutende Mehrkosten. In dem hiesigen physiologischen Institut an der Marischallstraße bewohnt, wie man erzählt, ein Professor jährlich 4000 Thaler. Diese Dienstwohnungen sind meist ein Danaergeschenk für den betreffenden Beamten. Gewöhnlich liegen sie in den Bel-Etagen, enthalten große prachtvolle Räume und erfordern in Folge dessen einen die Durchschnittsverhältnisse der betreffenden Beamten übersteigenden Kostenanwand. Einem hohen Staatsbeamten soll eine solche Wohnung in der Vorstadt große Verlegenheiten bereiten. Man sollte daher überhaupt von Dienstwohnungen absehen, zumal Mängel wie die ominösen Hängeböden auch in diesen nicht vermieden werden.

Cultusminister v. Buttlamer: In den allgemeinen Venterlungen des Vorredners ist gewiß vieles Richtige, aber ich möchte ihn doch bitten, das Exempel, welches er statuieren will, nicht an meinem Etat zu statuieren. Die Unterrichtsverwaltung hat sich stets von dem vom Vorredner hervorgehobenen Aufwand frei zu halten gewußt, und wenn er auf ein Beispiel hier in Berlin hingewiesen hat, so kann ich das nicht mit Bestimmtheit bestritten, aber es liegt dann jedenfalls ein singulärer Fall vor. Ein Bedürfnis von Dienstwohnungen liegt thatsächlich vor. Die Fürsorge für die häufig sehr werthvollen Sammlungen, sowie disciplinäre Rücksichten machen eine solche nöthig, denn es ist unzweckmäßig, daß unmittelbar nach den Lehrstunden alle Lehrer das Local verlassen, weil sich an die Befristungen häufig noch Dinge disciplinärer Natur knüpfen, welche die Anwesenheit eines Lehrers erfordern. Nun behauptet er ja nicht, daß unter allen Umständen in jedem Dienstgebäude eine solche Dienstwohnung einzurichten sei, und der Herr Finanzminister controlirt in dieser Hinsicht sehr genau, so daß ich häufig nachgeben muß; was aber Göttingen anbelangt, so würde die durch die Annahme des Antrages Reichensperger hervorgerufene weitere Vergrößerung des Göttinger Gymnasialbaues eine locale Calamität sein, für welche die Staatsregierung ungern die Verantwortung tragen würde. Aber auch materielle Gründe sprechen in diesem einzelnen Fall für die Gewährung der Wohnung, denn die Einseitigkeit des Bauplazes würde es mit sich führen, daß der Director in einer der Verhältnisse nicht angemessenen Entfernung von dem Schulgebäude Wohnung nehmen müßte. Uebrigens ist das Project so außerordentlich bescheiden gehalten, daß man aus der Dienstwohnung kein Bedenken herleiten braucht. Im Ganzen sieht sieben Räume auszuweisen, die doch wohl das Bedürfnis nicht übersteigen, und ich möchte daher den Abg. Reichensperger bitten, die 120,000 Mark zu bewilligen.

Abg. Köhler: Obgleich der Abg. Reichensperger nicht einmal den Bauplan eingesehen hat, beantragt er dennoch, diese Position abzulehnen. Dies erscheint mir um so auffälliger, als sogar im vorigen Jahre die Com-

mission selbst die Regierung zu diesem Bau aufgefordert hat. Ich kann aber auch dem Herrn Abgeordneten versichern, daß die Dienstwohnung nicht in der Beletage ist, auch keine Hängeböden hat und überhaupt jeder Art von Luxus ermangelt, vielmehr nur den einfachsten Anforderungen entspricht. Also in der Beziehung könnte er beruhigt sein. Es kommt noch hinzu, daß diese Dienstwohnung derart eingerichtet ist, daß sie jeder Zeit, falls von ihr als solcher kein Gebrauch gemacht werden kann, zu Schulräumen zu gebrauchen ist. Der Plan ist sehr genau dem Bedürfnis angepaßt und auf das Nothwendigste beschränkt. Da ist es doch wahrlich nicht angebracht, gegen die Beschlüsse des Hauses im vorigen Jahre einen Antrag auf Abweisung dieser Position zu stellen! Ich hoffe daher, daß das Haus einstimmig seinen vorjährigen Beschluß aufrecht erhalten wird.

Abg. Reichensperger (Köln): Es ist richtig, daß ich den Plan nicht angesehen habe, das liegt aber daran, daß er hier im Hause nicht ausgearbeitet worden ist. Ich will jedoch den Gründen des Collegen Köhler nachgeben und für ein Göttinger Gymnasium stimmen.

Referent Abg. Ziemisch bestätigt, daß der Bauplan von auffallender Einfachheit sei. — Die Position wird darauf bewilligt.

Ein Nachtragsetat fordert 280,000 M. als preussischen Antheil an den Baukosten für eine feste Mainbrücke bei Offenbach. Die Budgetcommission beantragt die Forderung abzulehnen und die zu diesem Titel eingegangenen Petitionen der Gemeinden Feschenheim, Bergen und Bilschheim der Staatsregierung zur Prüfung und eventuellen Berücksichtigung bei den weiteren über den fraglichen Brückenbau stattfindenden Verhandlungen zu überweisen.

Referent Abg. Weber: Durch die Erläuterungen der Vorlage wurde es für die Commission nicht ersichtlich, daß die in Rede stehende Brücke an einer ganz anderen Stelle erbaut werden soll als an der, wo gegenwärtig die Schiffsbrücke sich befindet. Letztere liegt am Mittelpunkt der Stadt Offenbach und führt durch die Markstraße auf den Marktplatz hin. Die neue Brücke aber soll im Westen Offenbachs an einer Stelle angelegt werden, wo nur einige Wohnhäuser stehen und von einem eigentlichen Verkehr nicht die Rede sein kann. So würde eine vollständige Verkehrsveränderung eintreten. Und deshalb haben die beteiligten Kreise ihre Bedenken gegen den neuen Brückenbau erhoben, wie sie auch in den Verhandlungen der hiesigen Landtagskammer zur Sprache gekommen sind. Der Gemeindevorstand von Offenbach hat 20,000 Mark höheren Kaufs geboten, falls der Brückenbau an der alten Stelle stattfinden sollte. Aber auch von den auf dem rechten Mainufer gelegenen preussischen Ortschaften ist eine Petition nebst Denkschrift eingegangen, worin ausgeführt wird, daß sie lieber auf den Bau einer festen Brücke verzichten, wenn diese unter Einwirkung der Schiffsbrücke nach dem Westende von Offenbach verlegt werden sollte, weil sie dann nur auf den erheblichen Umwegen nach dem Mittelpunkt Offenbachs gelangen könnten. Auch haben diese Gemeinden Kaufschiffe angeboten, falls der Bau an der alten Stelle ausgesetzt werde; andernfalls haben sie dieselben verweigert. Dieselben haben weiter erklärt, auf einen Ausfuhrweg Zugang zur Brücke lieber verzichten zu wollen, als den weiten Umweg gegen Westen zu machen. Die Petenten haben endlich noch durch ein besonderes Document nachgewiesen, daß die interessirten Hausbesitzer auf jede Entschädigung verzichten. Von den Herren Regierungs-Commissarien ist nun erklärt, daß ihnen die von den preussischen Ortschaften befristeten Projekte theilweise ganz neu gewesen, namentlich auch das Angebot der Gemeindefürsorge.

Die Budgetcommission ist außerdem natürlicher Weise nicht in der Lage gewesen, die geltend gemachten technischen Bedenken zu prüfen. Es war jedenfalls wünschenswerth, nochmals bei den betreffenden Localbehörden Nachfrage zu halten. Die eventuellen Antworten würden nun nicht mehr rechtzeitig bei der zweiten Beratung der Budgetcommission eingegangen sein. Deshalb ist von einer definitiven Entscheidung Abstand genommen. Ein besonderer Grund zur Ablehnung des Brückenbaues, für jetzt wenigstens, entspringt aus dem Verhältnis der preussischen Regierung zur hiesigen in Sachen der Maincanalisation. Während letztere Regierung die Bedingungen des Vertrages von 1866 nicht vollständig erfüllt hat, hat Preußen schließlich auf jeden Beitrag Hesses zu den Kosten der Mainregulierung verzichtet. Trotzdem hat sich Preußen dem neuerdings gemachten preussischen Project einer Kettenfährrschiffahrt entgegenkommend gezeigt, so zwar, daß die Schleusen erforderlichen Falles verlängert werden können. Und nun verlangt Hessen noch, Preußen solle ein Capital zum Ausbau der Schleusen stellen, und hat schließlich die Sache durch langes Stillschweigen zu verschleppen gesucht. Das meiste Interesse an der Sache hat übrigens die hiesige Industriestadt Offenbach, diesem Verfahren der hiesigen Regierung gegenüber mußte die Budgetcommission sich anders verhalten, schon darum, damit Hessen aus unserer Ablehnung sich eine gute Lehre entnimmt und in der Frage der Maincanalisation sich zuvorkommender zeigt. Im Namen der Budgetcommission empfehle ich also, den Bau der Mainbrücke abzulehnen, welchen Beschluß auch die Budgetcommission einstimmig gefaßt hat.

Finanzminister Bitter: Ich hätte gewünscht, daß unser Verhältnis zur hiesigen Regierung mit dieser Angelegenheit nicht in Verbindung gebracht worden wäre. Die thatsächlichen Angaben des Referenten kann ich nicht als unrichtig bezeichnen. (Hört! hört!) Niemand kann mehr bedauern als ich, daß die Canalisation des Mains durch Hindernisse aufgehalten wird, deren Beseitigung nicht in unserer Macht liegt. Was den Antrag der hiesigen Regierung betrifft, die Canalisation durch den Bau von Schleusen zu einzurichten, daß die in der Bildung begriffene Kettenfährrschiffahrt ohne Weiteres mit den ganzen Folgen durchgehen könnte, so habe ich mich vorläufig nicht zum Ausdruck verhalten können, weil ich von der Existenz einer Kettenfährrschiffahrt-Gesellschaft nichts weiß und wir keinen Plan für die Zukunft zu machen haben. Stabilität sich eine solche Gesellschaft, so wird sie sofort in der Lage sein, die Schleusen nach ihrem Bedürfnis einzurichten. Das ist der correcte Standpunkt der Regierung, welche die Kettenfährrschiffahrt nicht aus ihren Mitteln zu errichten hat, sondern das der Privat-Industrie überlassen muß. Sollte die Rheinschiffahrt so verbessert werden, daß sie tiefergehende Schiffe braucht, dann bin ich bereit, selbst auf die Gefahr einer Ueberausgabe hin, die Schleusen auf dem Main so einzurichten, daß unter allen Umständen die ganze große Rheinschiffahrt bis direct zum Main gelangen kann. Ob durch die zu erwartende Erklärung der hiesigen Regierung etwas anderes bestimmt werden wird, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Zur Befriedigung aller billigen und gerechtfertigten Anforderungen sind wir bereit. Nicht die hiesige Regierung hat verlangt, daß keine Abgabe auf dem Main erhoben werden solle, sondern ich habe die Initiative dazu ergriffen, weil ich im Interesse des Verkehrs die Belastung vermindern wollte, die eine solche Abgabenerhebung für die Schiffahrt mit sich bringt.

Was die Mainbrücke bei Offenbach betrifft, so hat die preussische Regierung kein anderes Interesse, als das des öffentlichen Verkehrs. An der Lage der Brücke, ob sie dahin gelegt wird, wo ein Theil der Interessenten es wünscht, oder dahin, wo die Behörden desselben und jenseits des Rheins es bisher für nöthig befunden haben, kann der preussischen Regierung nichts liegen. (Widerspruch links.) Für uns kommt es nur darauf an, daß die Lage dem öffentlichen Verkehr in vollem Maße entspricht, die zweckmäßigste und günstigste wird gewählt werden, wobei ich ungesagt sein lasse, daß die jetzige Lage die bevorzugte sein soll oder die Interessenten, die sich dagegen erklärt haben, im Rechte sind. Die Budgetcommission wünscht die Sache noch näher aufgeklärt zu sehen und diese Aufklärungen werden in der nächsten Zeit erfolgen. Gleich nach dem ersten Beschluß der Commission habe ich verfügt, die Sache nach allen Seiten klar zu stellen und auch die Projecte zu begutachten, welche uns hier noch gar nicht vorliegen. Erst nach voller Kenntniz der Verhältnisse werden wir beurtheilen können, ob die eingegangenen Petitionen den Vorzug verdienen oder die von unseren Behörden vorgelegten Pläne. Die dadurch entstehende Verzögerung des Baues kann ich nur bedauern. Die jetzige sehr schlechte Brücke beeinträchtigt den Verkehr sehr erheblich, namentlich wenn, wie in diesem Jahre, die Schiffsbrücke für längere Zeit abgelaufen werden muß. Wir müssen wünschen, daß die hiesigen gesetzgebenden Factoren die Mittel zu dem Bau, wie er geplant ist, bewilligen. So wichtige Bedenken aber, wie sie die Budgetcommission

gehabt hat, müssen wir auf Grund des Materials, das wir eingefordert haben, in genaue Erwägung nehmen. Das Project wird dann dem Hause von Neuem zugehen, nur bitte ich, dieses Project nicht mit dem Maincanal in Verbindung zu bringen.

Abg. Dr. Hammacher: Ich weiß nicht, ob die Ausführungen des Herrn Finanzministers so zu verstehen sind, daß die Regierung ihre Vorlage zurückzieht. Wäre dem so, so läge allerdings keine Veranlassung vor, noch ein Wort über die Sache zu verlieren. Ich möchte der Auffassung des Ministers entgegenstehen, als ob Preußen kein Interesse hätte an der Wahl des Bundes, wo die Brücke errichtet werden soll. Es liegen Petitionen von preussischen Staatsangehörigen vor, welche in Uebereinstimmung mit der Majorität der Bürger von Offenbach der Ansicht beitreten, daß es auch im Interesse der preussischen Staatsangehörigen liege, die Brücke nicht an der Stelle aufgeführt zu sehen, wo die Regierung es will und deshalb dürfte es auch der Regierung angenehm sein, die Wahl des Ortes im nächsten Jahre in Uebereinstimmung mit dem Abgeordnetenhaus festzustellen. Was den Bau des Maincanals betrifft, so sind wir dabei sehr interessiert. Vor zwei Jahren schon sind von Landtage namhafte Mittel dafür bewilligt worden, aber durch allerlei Bedenken der Hessisch-Darmstädter Regierung ist der Bau bisher nicht in Angriff genommen worden. Der Grund liegt in den Interessen der Stadt Mainz. Es mag daher in Zukunft noch viel Wasser in den Rhein laufen, bevor es gelingt, zum Ziele zu kommen. In diesem Falle wäre es doch gerade sehr angezeigt, daß die Regierung die Hilfe des Bundesraths in Anspruch nehme. Ich habe dafür absolut kein Verstandnis, daß ein für unsere Nation nützliches Unternehmen durch vermeintliche locale Interessen eines anderen Staates belächelt aufgegeben wird. Die deutsche Reichsverfassung giebt uns die nötigen Mittel dem zu beugehen. Namentlich sind die Interessen der Stadt Frankfurt am Main so eminent dabei engagiert, daß unsere Regierung in den Stand gesetzt werden muß, so rasch als möglich die Maincorrection vorzunehmen. Es verdient wirklich ernsthafte Erwägung, ob nicht hier ein Exempel statuirt, und diese Frage zur Entscheidung dem Bundesrathe vorgelegt werden soll.

Finanzminister Bitter: Es scheint, daß ich mißverstanden worden bin. Ich habe gesagt, daß noch Verhandlungen mit der hessischen Regierung schweben, deren Erfolg wir abwarten müssen, ehe wir weitere Schritte thun. Dem Antrage der Commission gemäß wird die Summe von 280,000 M. gestrichen.

Es folgt der Etat der Verwaltung der indirecten Steuern. Bei den Einnahmen, und zwar bei Titel 16, Gerichtskosten 50,500,000 M. erhält das Wort:

Abg. Dr. Köhler: Ich glaube constatiren zu müssen, daß die Klagen des vorigen Jahres über die neue Erhebung der Gerichtskosten noch fortdauern. Von einem Antrag in dieser Beziehung muß man jetzt allerdings absehen, da er doch erfolglos bleiben würde. Aus der dem Etat der indirecten Steuern beigefügten Denkschrift der königlichen Staatsregierung gewinnt man den Eindruck, daß die Verwaltung der indirecten Steuern keinen großen Gefallen an den Gerichtskosten habe. Es wird hier namentlich hervorgehoben, wie schwierig die Ueberwindung des Widerwillens sei. Alle dort geltend gemachten Uebelstände lassen sich aber nur mit der Rückkehr auf den alten Weg rectificiren. Die Einrichtungen, die diese mißlichen Zustände herbeiführen, stammen aus der Rheinprovinz. Der Finanzminister Camphausen glaubte die Sachen billiger machen zu können als die Justizverwaltung und so ein gutes Geschäft zu machen. Die Finanzverwaltung hat aber das Gegentheil erfahren. Man hatte übrigens auch den Plan gehabt, das Gerichtskostenwesen der Verwaltung der directen Steuern zu überweisen, und nur, weil hier zu wenig Behörden vorhanden waren, ist man wieder davon abgegangen. Es wäre damals consequenter gewesen, der Justizverwaltung ihr Geschenk zurückzugeben, statt es den indirecten Steuern zu übertragen.

Ich verziehe auf eine weitere Darlegung der Unbequemlichkeiten, die durch die getroffene Einrichtung für Publicum und Behörden erwachsen sind. Nach der Berechnung des Herrn Justizministers sind die in Frage stehenden Einrichtungen mit 37,092 M. Mehrkosten verbunden. Das ist aber noch nicht Alles. Es ist nämlich zum Besten des Publicums bestimmt worden, daß die Gerichtsschreiber die Gebühren gegen 10 Pf. für jede Sitzung annehmen können. Das würde nach dem Erproben des Herrn Finanzministers sich auf 60,000 M. belaufen, so daß die Mehrkosten an 97,000 M. betragen würden. Durch die in Aussicht genommene Vermehrung des Beamtenspersonals, da es sich nämlich um Erreichung von 200 neuen Stellen handelt, würde sich die Summe bis zu 500,000 M. vermehren. Ich glaube, diese Angaben werden genügen, daß das Haus und die Budgetcommission, sowie die Staatsregierung im nächsten Jahre die Frage nicht von sich weisen werden, ob es nicht besser sei, die gedachte Verwaltung wieder der Justiz zu übertragen. Bei der Hinterlegungsordnung hieß es, man müsse die Justiz von der Verwaltung trennen. Dies gilt aber nur für die collegialischen Gerichte, nicht aber für die Amtsrichter.

Abg. Richter weist darauf hin, daß die Aufbesserung der mit der Erhebung und Kontrolle der Gerichtskosten betrauten Beamten als dringendes Bedürfnis bezeichnet sei; auch er halte die Aufbesserung für wünschenswert.

Finanzminister Bitter: Allerdings sind aus der Uebertragung der Gerichtskostenhebung an die Verwaltung der indirecten Steuern schwerwiegende Uebelstände entstanden, welche diese Einrichtung als eine weniger kostspielige erscheinen lassen, als die frühere. Eine Verbesserung der Gehälter der betreffenden Beamten erscheint unabwendbar. Die Vorarbeiten dazu sind schon getroffen.

Abg. Schmidt (Stettin) wünscht, daß das Versprechen des Finanzministers, betreffend die Aufbesserung der Gehälter von Staatsbeamten, nicht bloß einen theoretischen, sondern auch einen praktischen Werth haben möge. Zuerst seien die Kassenbeamten der Hauptämter, die Rendanten und Controleure, die Einnahmer der Gerichtskosten zu berücksichtigen. Der frühere Finanzminister Camphausen habe einen besonderen Werth auf die Integrität sämtlicher Beamten dieses Ressorts gelegt, denen die Bewahrung wichtiger Staatsinteressen in ihrer Collision mit etwas partiellseitigen Geschäftsinteressen von Privatleuten anvertraut ist, die Revision der Brauereien, der Zuckerfabriken u. s. w. sehr zuverlässige und gewissenhafte Beamte voraus, ebenso die sonstige Controle, und nach Verbesserung des Gehaltes der Justizbeamten sei eine gleiche für alle sonstigen Beamtenkategorien wünschenswert. Es wird schließlich die Erwartung ausgesprochen, daß die gute Absicht des Finanzministers, für Verbesserung der Beamtengehälter im nächsten Jahre eine Vorlage zu machen, in Erfüllung gehen möge.

Ueber Cap. 9 Titel 5 berichtet Graf Clairon d'Auffonville: Im vorigen Jahre waren der Regierung in 2 Titeln 5a und 5b 300,000 und 1 Million Mark zur Befolgung der Beamten bewilligt worden, welche durch die Erhöhung der Zölle und Steuern im Reich notwendig geworden sind. Die Regierung hat nunmehr in die verschiedenen Titel die Beamten eingereiht, so daß zusammen 299,103 Mark mehr für Beamtengehälter eingestellt werden sind. Der Fonds der 1 Million Mark ist bestimmt zur Befolgung der Beamten, die mit der Gerichtskostenhebung betraut sind. Außer diesen Ausgaben sind jetzt in das Extraordinarium noch 1 Million Mark mehr eingestellt worden.

Abg. Rietke weist auf die hiernach zu Tage getretene Vermehrung an Beamten und Kosten hin, die durch die Neuorganisation unseres Steuerwesens verursacht sei. Bei einer anderen Organisation werde man gerade bei Vereinnahmung dieser Abgaben mit viel weniger Kräften auskommen.

Abg. Bachem kommt auf die gestrige Aeußerung des Finanzministers zurück, der in der Steuerverwaltung eine Zunahme der Defecte constatirt habe. Er (Redner) könne versichern, daß die Integrität und Moralität dieser Beamtengategorie namentlich in denjenigen Landesheilen sehr gelitten habe, die vom Culturkampf besonders heimgesucht seien, z. B. in der Rheinprovinz. Diese Abnahme der Integrität sei eine natürliche Folge des Culturkampfes (Unruhe), da man in den betroffenen Gegenden bei der Auswahl der Beamten weniger auf fachliche Qualifikation, als auf culturkämpferische Gesinnung gesehen habe.

Finanzminister Bitter: Den bedauerlichen Defecten seien keineswegs politische Momente zu Grunde zu legen. Während seiner dienstlichen Thätigkeit in der Rheinprovinz, die in die Zeit des Culturkampfes falle, sei es niemals vorgekommen, daß die Fähigkeit eines Steuererhebbers nach der Confession desselben beurtheilt worden sei. Dasselbe könne er auch bezüglich der jetzigen Praxis versichern. Im Ganzen schätze er die Integrität und Moralität der preussischen Beamten sehr hoch, um so mehr, als er wisse, was von ihnen zu verlangen sei und was sie leisten.

Abg. v. Syner: Wenn wirklich eine Abnahme der Integrität der rheinischen Beamten bestünde, und dies die Folge des Culturkampfes sein sollte, so liege die Schuld daran doch nur an denen, die bei jedem Anlasse auf denselben zurückfallen.

Der Etat wird ohne weitere Debatte genehmigt. Es folgt die zweite Beratung zweier Nachtragsetats. In dem einen werden die Ausgaben für den Anlauf resp. den Ausbau von drei Regierungsgebäuden in Breslau, Stade und Lüneburg gefordert. Die Budgetcommission beantragte die beiden letzteren abzulehnen, welchem An-

trage das Haus auch ohne Debatte beistimmt. In Breslau sollen die der Immobilien-Gesellschaft gehörigen Grundstücke für 1,500,000 M. angekauft, dabei aber zwei fällige Grundstücke in Kauf gegeben werden mit 250,000 M. Außerdem werden 110,000 M. zum Ausbau und zur Einrichtung des neuen Gebäudes gefordert. Die Budgetcommission beantragt, den Anlauf zu genehmigen, die weiteren 110,000 M. aber nicht zu bewilligen.

Abg. von Heydebrand bittet um die Bewilligung der gefamten Forderung, sonst könne die Regierung die Gebäude nicht gebrauchen; denn der Verkäufer könne doch die in Zahlung zu gebenden Gebäude nicht übernehmen, wenn die Regierung sie noch benötige.

Abg. von Heereman spricht sich für den Commissionsantrag aus, den der Abg. Richter mit großer Entschiedenheit bekämpft, indem er ausführt, daß die in Rede stehenden, vom Staat anzukaufenden Grundstücke für Bureauzwecke ungeeignet seien. Sie enthielten jetzt 40 Miethwohnungen, die Corridore seien so dunkel, daß den ganzen Tag Gas gebrannt werden müsse. Für den zu zahlenden Preis lasse sich ein neues, zweckmäßiges Regierungsgebäude auch bauen.

Finanzminister Bitter weist nochmals auf den schlechten Zustand und die beschränkten Räumlichkeiten des jetzigen Gebäudes hin.

Das Haus tritt jedoch den Anschauungen des Abg. Richter bei und lehnt diese Position ab.

Ein zweiter Nachtragsetat verlangt 408,000 M. für Deichbauten.

Abg. v. Minnigerode: Es handelt sich um die Bewilligung zur Erhöhung von Deichen der Rogat und Weichsel. Die Budget-Commission hat sich von der absoluten Nothwendigkeit und Dringlichkeit überzeugt. Die übrigen Theilhaber haben ihre Dämme schon erhöht, so daß das landwirthschaftliche Ministerium ihrem Beispiele folgen muß, wenn nicht ein Dammbruch bei ihren Dämmen erfolgen soll. Die gefamte Summe soll noch in diesem Jahre verwendet werden. Die Budget-Commission beantragt einstimmig die Bewilligung und schlägt Ihnen vor, den Titel direct mit dem Verwendungszweck „Unterhaltung von Deichen an der Rogat“ zu bezeichnen.

Regierungs-Commissar Dannemann: Die 408,000 M. sind ein außerordentlicher Zuschuß zu dem Ordinarium, sie sind aber nicht bloß für die Rogatdeiche, sondern auch zum Theil für die Weichseldeiche bestimmt. Wenn die von der Budget-Commission vorgeschlagene Bezeichnung gewählt wird, könnten Zweifel entstehen.

Abg. v. Minnigerode schlägt in Folge dessen vor, die Titelfäberschrift dahin zu fassen: Zur Unterhaltung der Deiche an Rogat und Weichsel.

Darauf wird die Beratung abgebrochen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Antrag Windthorst.)

Herrenhaus. 7. Sitzung vom 25. Januar.

1 Uhr. Am Ministertisch: Graf Stolberg und Graf zu Eulenburg. Nachdem das Zuständigkeitsgesetz dem Vorschlage des Präsidenten, Herzog von Ratibor, gemäß, einer Commission von 15 Mitgliedern überwiesen worden, die nach Schluß der Sitzung gewählt werden und sich constituiren soll, wird der Gesetzentwurf, betreffend die Zahlung der Beamten-Gehälter und das Enabensquartal (Referent Hr. Weber), unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses genehmigt.

Die Denkschrift, betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 3. Februar 1880 über die Bewilligung von Staatsmitteln zur Befestigung des Rothlandes in Oberschlesien, beantragt der Referent, Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg, durch die Kenntnisaufnahme für erledigt zu erklären.

Herr v. Lettau constatirt, daß die Regierung viel weniger ausgegeben habe, als zu dem Zwecke bewilligt worden sei. Man könne ihr also in Zukunft bei ähnlichen Gelegenheiten das größte Vertrauen entgegenbringen. Er danke der Regierung dafür, daß mehr Mittel zu Wegebrachten als für Beschaffung von Lebensmitteln aufgewendet worden seien. Auch das verdienende Zustimmung, daß die Darlehen unter der Verpflichtung der Rückgewähr gewährt seien. — Der Antrag des Referenten wird genehmigt, desgleichen ohne Debatte der Gesetzentwurf, betreffend das Jödierecht im Kreise Herzogthum Lauenburg, in der ihm vom Abgeordnetenhaus gegebenen Fassung.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 25. Jan. [Amtliches.] Se. Majestät der Kaiser und Königin hat dem Geheimen expedirenden Secretär im Reichs-Postamt, Rechnungs-Rath Hartwig in Berlin den Charakter als Geheimen Rechnungs-Rath, dem Geheimen Registrator im Reichs-Postamt Bumann in Berlin den Charakter als Kammerleutnant, den Ober-Postassistenten Bennen in Dresden und Hahn in Erfurt, sowie den Ober-Postassistenten Collin in Breslau und Böde in Riegnitz den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Se. Majestät der Königin hat den Amtsrath Zweigert zu Potsdam, in Folge der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Guben getroffenen Wahl, als Bürgermeister der Stadt Guben auf die gezielte zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Berlin, 25. Jan. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfing heute Morgen den Pollzei-Präsidenten von Madrid und nahm später in Gegenwart des Prinzen August von Württemberg, des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen, sowie demnach die Vorträge des Chefs der Admiralität, Staatsministers von Stof, und des General-Adjutanten von Albedyll entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] besuchte gestern das Augusta-Hospital.

[Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] gab mit dem Prinzen Heinrich gestern Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Sachsen bei dessen Abreise das Geleit nach dem Anhaltischen Bahnhofe und geleitete demnach den Prinzen Heinrich, Königl. Hoheit, zur Abreise nach dem Hamburger Bahnhofe. Mittags 12½ Uhr begab sich Se. Kaiserliche Hoheit zu Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen August von Württemberg zur Abstattung von Glückwünschen anlässlich des Geburtstages desselben und empfing im Laufe des Nachmittags den Grafen Julius zur Lippe-Biesterfeld mit seinem Sohne, dem Secundo-Leutnant im Garde-Jäger-Bataillon, Grafen zur Lippe, sowie demnach den Generalmajor a la suite des Kaisers, Grafen von Waldersee. Am Abend besuchten Ihre Kaiserliche und Königl. Hoheiten die Kronprinzlichen Herrschaften die Vorstellung im Schauspielhause.

(R.-Anz.) Gewinn-Riste der 4. Klasse 163. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie. Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Kochstraße 20, ohne Gewähr.

(Nur die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 25. Jan. Bei der heute fortgesetzten Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

69 87 122 240 319 28 76 427 76 506 62 (300) 84 88 671 740 44 72 (300) 80 828 45 77 968 82 1007 31 62 88 238 333 54 438 96 509 47 66 606 26 82 95 817 27 72 906 20 37 41 70 74 2068 84 (300) 127 38 68 82 93 325 (1500) 37 46 56 97 491 585 90 601 12 47 87 941 42 44 53 95 97 9014 (300) 52 81 110 49 73 75 233 62 (300) 79 317 30 61 (300) 459 91 99 601 763 80 869 (1500) 913 32 88 4008 (300) 13 47 (300) 214 25 (600) 59 (1500) 361 86 92 421 72 537 57 75 (600) 642 98 (300) 704 (300) 11 53 (300) 826 5003 54 (300) 78 219 22 26 (600) 38 55 380 95 403 (300) 4 8 31 (1500) 506 40 58 71 72 609 10 (300) 59 799 803 86 917 81 6038 118 37 (300) 57 74 90 95 219 (300) 59 313 27 (300) 38 401 (600) 59 (1500) 80 (1500) 544 (1500) 73 637 704 61 91 840 931 35 (3000) 7127 95 212 13 67 72 (1500) 83 361 78 (300) 416 (300) 70 888 93 (300) 901 2 28 31 8062 94 121 56 60 67 303 (300) 50 (300) 72 417 49 71 507 10 28 32 66 628 (300) 30 (1500) 905 20 32 39 (600) 9011 (600) 88 125 204 (600) 21 301 4 (300) 12 47 405 17 56 65 526 31 46 52 619 30 (600) 753 56 (600) 91 802 912 79.

10,009 146 60 76 203 12 44 341 91 419 (300) 22 48 60 61 (1500) 77 595 641 43 66 753 811 65 921 23 11,012 47 69 78 187 95 (600) 214 21 (600) 51 312 18 53 64 411 (600) 36 69 74 82 84 545 676 (600) 763 71 (300) 961 12,008 56 57 110 27 22 4 (3000) 304 (600) 21 (1500) 25 (300) 94 (1500) 563 80 777 861 963 69 13,005 29 116 55 87 280 99 301 22 464 521 71 (600) 86 603 5 28 47 795 (300) 965 70 14,009 44 143 91 229 (3000) 347 67 86 95 428 63 512 51 68 603 (1500) 28 764 74 801 35 65 73 946 15,012 34 (1500) 55 83 245 (300) 94 303 20 48 87 (300) 88 420 (600) 30 55 79 530 (300) 40 90 (300) 605 22 81 706 860 (600) 985 96 16,053 118 326 432 504 674 732 828 17,006 16 137 202 (3000) 12 47 80 390 401 36 89 (300) 517 81 (300) 633 47 56 705 61 87 815 98 (300) 920 80 (3000) 18,048 (600) 120 49 87 223 363 73 (3000) 85 455 519 24 (3000) 679 816 17 75 (1500) 928 59 19,010 14 17 (3000)

69 158 241 43 48 65 440 52 72 567 618 30 (3000) 51 57 93 749

66 802 4 (300) 39 909 50 (3000) 72.

20,077 202 78 346 59 80 (600) 424 87 90 96 517 86 91 614 36 49 705 16 38 (300) 47 803 17 43 96 977 21,063 88 188 220 55 344 97 403 517 36 51 615 16 33 81 725 82 855 945 69 22,001 53 175 487 (600) 543 (300) 45 (1500) 65 96 (300) 630 59 88 706 26 95 910 (600) 49 61 (1500) 68 70 75 (600) 23,023 (300) 32 45 127 56 58 76 86 96 290 303 41 57 445 50 511 (3000) 24 48 (300) 661 79 82 789 24,035 (300) 101 8 (600) 23 265 (3000) 78 369 (300) 403 6 43 542 629 33 86 717 801 45 935 25,105 (300) 6 (300) 72 236 (1500) 55 66 90 93 96 97 (300) 330 68 74 447 61 (300) 579 (1500) 630 38 82 717 60 76 (3000) 867 91 95 26,163 406 549 643 61 73 98 99 755 813 88 979 83 27,091 121 27 93 (300) 98 223 40 71 (300) 79 85 97 416 (300) 51 536 (300) 718 52 835 (300) 60 69 97 911 40 96 98 28,014 96 (3000) 176 (3000) 96 296 320 623 58 815 (300) 17 61 927 28 29,016 52 59 151 221 (600) 25 71 74 350 60 543 606 25 706 46 71 808 (3000) 71 977.

30,118 32 (600) 54 254 334 66 68 (600) 415 501 670 (600) 721 55 85 (600) 97 851 983 31,022 103 42 (6000) 66 86 201 73 (300) 399 466 72 (3000) 578 (600) 83 674 (1500) 716 58 71 98 809 (600) 900 32,023 76 95 (1500) 100 90 214 55 59 (300) 66 71 457 60 (300) 68 544 88 95 (300) 687 (1500) 88 789 820 909 36 40 42 58 33,006 72 76 77 88 142 68 248 65 85 207 86 531 (3000) 61 600 47 822 (1500) 71 918 (300) 28 34,031 (300) 57 118 (600) 51 57 88 91 239 70 340 498 548 58 777 94 96 810 14 47 66 923 62 (300) 76 85,106 (1500) 13 (300) 60 282 310 13 30 401 54 572 604 (600) 88 775 809 73 76 88 942 (300) 93 (3000) 36,002 31 79 120 24 (3000) 38 77 232 83 307 456 68 95 524 82 96 (300) 605 (1500) 66 735 51 91 (1500) 970 78 91 (3000) 37,005 23 59 203 6 31 325 91 (300) 94 510 11 50 56 60 (300) 500 4 29 44 47 81 (300) 615 35 41 79 886 914 90 (300) 38,081 (3000) 115 65 67 256 (300) 94 304 38 435 521 88 604 28 52 71 706 21 (600) 807 9 78 983 84 (3000) 39,015 35 (300) 138 41 216 48 316 17 86 96 425 48 504 41 (600) 626 27 41 (300) 96 (300) 771 (600) 72 (300) 826 51 57 96 961 78 86 (15000).

40,096 (3000) 113 37 (300) 51 337 455 79 522 (300) 28 (300) 32 (1500) 42 605 807 947 53 81 41,017 74 102 87 (600) 319 25 29 470 96 669 77 79 752 60 42,016 48 71 (600) 74 (300) 89 107 54 56 98 295 639 747 802 58 80 43,043 52 63 66 154 (6000) 75 87 99 235 413 (1500) 537 95 614 30 793 850 (3000) 938 72 44,045 61 (300) 216 60 81 98 334 46 (600) 427 31 523 (300) 677 722 (1500) 87 850 72 82 90 93 934 45,134 53 96 243 54 66 386 88 419 570 71 649 745 66 79 84 98 860 68 71 929 (600) 57 70 98 46,035 68 75 116 95 205 17 69 74 97 309 21 89 435 39 68 502 (600) 18 26 (300) 53 65 91 99 612 (300) 795 99 843 902 (300) 11 33 93 94 47,101 339 402 (15000) 465 505 36 77 88 667 68 79 (600) 733 37 60 801 53 69 915 73 48,095 144 56 207 66 321 62 63 (3000) 72 76 84 92 (300) 508 72 (300) 90 641 823 53 (600) 909 67 83 (300) 49,047 135 42 97 289 321 73 97 403 11 57 69 76 93 519 668 79 93 (3000) 94 (600) 701 902 20 47.

50,181 87 216 53 69 79 460 94 503 5 40 92 601 728 (1500) 48 59 823 66 77 915 36 45 (300) 51 51,078 156 256 310 26 31 55 76 406 (3000) 44 566 661 709 54 832 72 (300) 92 99 923 (300) 36 52,010 13 15 (6000) 100 3 309 37 39 (3000) 507 620 (600) 39 706 13 31 41 54 809 974 99 53,041 70 80 215 17 25 (300) 322 35 405 89 98 643 46 840 63 927 30 54,062 105 (600) 35 (600) 51 61 200 338 (300) 41 93 424 59 (300) 60 (300) 73 500 1 52 731 60 853 905 31 55,003 45 (300) 142 74 83 (600) 234 40 87 302 56 62 493 513 667 74 (3000) 221 28 818 29 60 (600) 78 (300) 930 58 59 66 56,049 118 52 88 (3000) 273 92 304 23 (1500) 38 (300) 551 64 82 648 54 705 7 78 83 966 57,015 (300) 27 30 37 68 (300) 117 61 67 309 11 58 74 (600) 407 29 (300) 69 70 (300) 86 (1500) 567 93 680 704 869 95 982 89 58,103 (3000) 50 80 231 93 373 418 89 (300) 98 586 93 672 733 90 94 (3000) 809 924 39 59,001 44 (300) 111 (600) 17 53 75 80 227 78 303 39 52 420 59 73 84 (600) 575 636 (600) 52 718 (600) 19 47 83 812 68 74 968 71 75 95.

60,014 54 76 105 11 29 211 44 322 513 71 625 54 81 869 92 61,022 34 187 94 (600) 201 28 40 64 (3000) 99 315 97 446 51 538 72 632 85 (1500) 92 730 66 91 800 946 65 83 86 62,038 (300) 173 204 371 473 522 31 617 23 28 31 746 81 40 63,032 67 78 123 38 48 60 212 32 (600) 70 (300) 339 62 76 503 24 49 84 95 633 57 63 858 97 928 75 64,095 191 269 410 (1500) 29 92 534 72 74 76 609 70 99 836 70 71 (600) 930 35 65,009 44 289 (1500) 300 23 428 55 62 69 673 (600) 93 744 53 807 24 61 63 94 (300) 938 (600) 52 56 71 66,039 129 (600) 72 73 98 (300) 295 479 80 584 641 94 750 66 (1500) 872 (300) 967 67,006 (3000) 64 83 89 196 (300) 203 (300) 9 17 69 76 398 440 (300) 551 61 (3000) 616 37 66 716 18 (300) 39 78 (600) 922 (3000) 58 63 82 68,069 142 282 (300) 89 456 91 559 76 765 835 905 12 71 69,029 (300) 59 62 81 93 171 (300) 87 230 (3000) 45 60 429 53 98 564 70 645 (600) 73 81 (300) 91 92 862 (300) 87 (600) 966.

70,044 148 50 253 (3000) 461 538 91 617 43 726 898 949 71,056 78 107 273 313 17 62 75 87 429 55 63 507 9 19 48 80 613 59 712 28 70 85 808 958 72,058 126 30 300 19 20 82 (3000) 413 29 74 (3000) 75 502 55 74 76 626 65 715 18 (3000) 98 825 (300) 36 66 78 (300) 82 (300) 902 64 (300) 73 73,018 (600) 23 36 (1500) 53 (600) 85 105 212 42 85 (600) 305 (1500) 37 (300) 56 92 405 46 553 633 708 858 74,044 (300) 82 (1500) 174 93 212 77 301 17 42 78 410 511 37 625 711 (300) 17 84

